tag müssen „ihr" Gesetz, ihr verschleiertes Riesengeschenk an die Fürsten dem Willen der breiten Massen unterbreiten. Der Volksentscheid wird siegen. 20 Millionen Stimmen müssen und werden aufgeboten werden.

Aber damit ist es allein noch nicht getan. Die Abgabe des Stimmzettels muß gleichzeitig die Bereitschaft sein, nicht nur zu stimmen, sondern auch aufzumarschieren, wenn der Versuch gewagt wird, den Volksentscheid zu verhüten und unwirksam zu machen.

Wer sich den ungeheuren Massen des arbeitenden Volkes entgegenstellt, wird vernichtend geschlagen, wenn eng und geschlossen, geführt von der proletarischen Einheitsfront, die Massen kampfbereit sind.

Die Kommunistische Partei wird diesen Kampf organisieren, sich an die Spitze des Kampfes stellen. Sie kämpft nicht allein. Sie kämpft in engster Verbindung mit den arbeitenden Massen für die Interessen der überwiegenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung.

Gerhart.

Vor einem neuen Putsch in Bayern

München. Die sozialdemokratische „Münchener Post" veröffentlicht an leitender Stelle eine Zuschrift aus Nordbayern, nach der die „vaterländischen Verbände" neuerdings gemeinsame Waffenübungen und geheime Zusammenkünfte abhalten und Schießstände einrichten. Die Mannschaften verfügten über Militärgewehre; die Waffenscheine seien in der jüngsten Zeit ausgegeben und berechtigen den Inhaber bei Aufruf durch die Staatspolizeibehörden zum Dienst mit der Waffe und zur Festnahme von Personen. Der Putsch soll für den Mai in Aussicht genommen sein. Nicht nur die Hitlerleute, sondern auch andere Gruppen der äußersten Rechten wollen die Taktik vom 1. Mai 1923 mit besserem Erfolg wiederholen. Der Landesdienst des Süddeutschen Korrespondenzbureaus erklärt offiziös, daß der Regierung keinerlei Anhaltspunkte für Putschabsichten vorliegen. Das Korrespondenzbureau geht aber auf die sensationellen Mitteilungen der „Münchener Post" nicht ein.

Das verfassungsändernde Fürstenkompromiß

Demokratische Blätter berichten, daß die Reichsregierung den Kompromißentwurf zur Fürstenabfindung für verfassungsändernd ansieht. Sie hat, wie die „Montagspost" meldet, die Auffassung, „daß nach der Reichsverfassung eine Enteignung nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig sei, und sie verneint das Vorliegen dieser Voraussetzung im Falle der Fürstenabfindung."

Siehe da! Das muß man sich merken. Die Reichsregierung erklärt selbst, daß der Entwurf, den ihre Parteien vorlegen, nicht für das Wohl der Allgemeinheit ist!

Man wundert sich, daß die Reichsregierung scheinbar die Annahme des Gesetzes ihrer Parteien noch erschwert; denn die Regierungsparteien verfügen allein nicht über eine Zweidrittelmehrheit. Ja, wenn selbst die Deutschnationalen für den Entwurf stimmen wollten, es würde immer noch nicht reichen. Warum also mag wohl die Regierung die Annahme dieses Gesetzes so erschweren? Etwa weil sie so sehr auf die Wahrung der Verfassung erpicht ist? Oder weil sie die Sozialdemokraten zwingen will, für ihren Entwurf zu stimmen und hofft, daß die Sozialdemokraten, ähnlich wie beim Mißtrauensantrag gegen die Regierung, für die Regierung eintreten werden?

Die Regierung plant etwas anderes. Sie will einen Präzedenzfall schaffen und, da das Enteignungsgesetz im Reichstag ganz bestimmt nicht angenommen wird, in Verbindung mit dem Kompromißentwurf den Gesetzentwurf für entschädigungslose Enteignung auch als verfassungsändernd erklären. Dadurch soll der Volksentscheid erschwert werden. Man erinnert sich noch an das Rundschreiben der Zentrumspartei vor ein paar Wochen, das bereits ankündigte, daß man den Gesetzentwurf auf entschädigungslose Enteignung als verfassungsändernd erklären müsse aber aber versuchen sollte, beide Entwürfe zum Volksentscheid zu stellen. Kommt nur unser Entwurf zum Volksentscheid und ist „verfassungsändernd", dann muß mindestens die Hälfte der Stimmberechtigten mit Ja stimmen. Das soll die eine Erschwerung sein. Kommen beide Entwürfe zum Volksentscheid, dann hofft die Regierung, daß dadurch eine Zersplitterung im kleinbürgerlichen Lager entsteht. Und zum Volksentscheid will sie ihn stellen, das beweist ihr jetziges Verhalten. Es liegt an uns, die Massen zu mobilisieren, damit der saubere Plan der Luther-Regierung zu Wasser wird.

Verringerung der Polizei in Sachsen

Wie wir erfahren, soll demnächst auf Grund neuer Verhandlungen mit der Entente die Polizei in Sachsen verringert werden. Der Polizeiminister hatte zwar in Zittau den Beamten versichert, es solle ihnen nichts geschehen. Die Beamten haben es dort abgelehnt, sich enger mit der Arbeiterschaft zu verbinden. Die Antwort wird jetzt der Abbau einer Anzahl unterer Beamter sein.

Die 23 fahren zum Reichskongreß

Zu den Sachsenstreitigkeiten schreibt der „Vorwärts": In der bürgerlichen Presse wird die Meldung verbreitet, daß die von den sächsischen Bezirksvorständen aus der Partei ausgeschlossenen 23 Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion jetzt aus der Partei ausgetreten seien. An der Mitteilung ist kein wahres Wort. Die 23 Abgeordneten werden gemäß dem Wunsche des Parteivorstandes genau so wie die Fraktionsminderheit zu der am Dienstag in Berlin stattfindenden Parteiausschußsitzung einen Vertreter entsenden.

Wie der Sozialdemokratische Pressedienst aus zuverlässiger Quelle erfährt, werden die 23 Abgeordneten gegen ihren Ausschluß gemeinsam entsprechend dem Parteistatut das Schiedsgericht anrufen.

*

Die Mitteilung des „Vorwärts" zeigt also ganz klar, daß der Parteivorstand gar nicht daran denkt, die 23 für außerhalb der Partei stehend zu erklären. Der Kongreß ist der erste Schritt, den Linken eine erneute Niederlage zu bereiten.

Bericht von der Sekretärkonferenz in Berlin

Mittwoch, 21. April, abends 7,30 Uhr in der „Neuen Welt", Am See. Referent: M. Schneider. Die Bezirksleitungsmitglieder und die Mitglieder der Org.-Kommission, sowie die Zellengruppenleiter haben bestimmt zu erscheinen.

Englisches Mißbehagen über die deutsch-russischen Verhandlungen

Stresemann hat in seiner Stuttgarter Rede alles aufgeboten, um die englische Regierung von der Harmlosigkeit der deutsch-russischen Verhandlungen zu überzeugen. Er versichert: „Wenn die Verträge mit Rußland zum Abschluß kommen, werden sie die natürliche Ergänzung zu Locarno sein, und diesen obersten Grundgedanken der deutschen Politik erneut zum Ausdruck bringen."

Am Sonntag brachte indessen der „Temps" einen Leitartikel unter dem Titel „England und die deutsch-russischen Verhandlungen." Der Artikel ist in verschiedener Hinsicht sehr interessant. 1. zeigt er, daß die französischen regierenden Kreise über die deutsch-russischen Verhandlungen nicht sehr betrübt sind, obwohl man formell seine Einwendungen macht; 2. ist die französische Schadenfreude über die Verlegenheiten des Herrn Chamberlain unverkennbar. Der „Temps" teilt mit, daß am letzten Sonnabend der deutsche Botschafter in London, Herr Sthamer, einen offiziellen Besuch bei Chamberlain machte, um ihm beruhigende Erklärungen zu geben. Trotzdem betrachtet man in London die deutsch-russischen Verhandlungen als bedauerlich, und man fürchtet besonders, daß der kommende deutsch-russische Vertrag dem bestehenden russisch-türkischen Vertrag ähnlich sein wird. Der russisch-türkische Vertrag war die Antwort auf die Entscheidung des Völkerbundes in der Mossulfrage, die bekanntlich zugunsten Englands und gegen die Türkei ausfiel. Die Grundlage des Vertrages ist, daß beide Länder sich gegenseitig die Neutralität zusichern. **Würde der deutsch-russische Vertrag ebenfalls die Klausel der gegenseitigen Neutralität enthalten, so würde dies dem Wortlaut und Geist des Völkerbundsvertrages widersprechen, und ganz besonders dem Artikel 16.**

Für uns ist dieses Eingeständnis des „Temps" bzw. seiner englischen Gewährsmänner sehr wertvoll. Es wird hier offen zugegeben, daß der Artikel 16 des Völkerbundsstatuts einem ständigen Friedensverhältnis zwischen Deutschland und Rußland im Wege steht. Die deutschen Locarnopolitiker wollten das niemals zugeben.

Inzwischen hat Herr Chamberlain amtlich erklären lassen, daß er keine Bedenken gegen den deutsch-russischen Vertrag hat. Die Erklärung dafür gibt ein Telegramm der TU., wonach die wichtigsten Klauseln des deutsch-russischen Vertrages den Vorstellungen der Westmächte Rechnung tragen würden. Es scheint danach, daß Stresemann sich den Wünschen Chamberlains gefügt hat. Stresemann betätigt sich wieder einmal als der junge Mann Chamberlains. Die Veröffentlichung des endgültigen Wortlautes des Vertrages wird zeigen, wie weit Stresemann den Friedensabsichten der Sowjetunion entgegengekommen ist und wie weit er auf die Kriegsabsichten der Entente Rücksicht genommen hat.

Stresemann über den Rußlandvertrag

Auf dem Parteitag der Volkspartei in Stuttgart sprach Stresemann über die Verträge mit Rußland. Stresemann erklärte, daß der Vertrag mit Rußland kein Abweichen von den Locarnoverträgen sei. Die Mächte, mit denen die Locarnoverträge abgeschlossen wurden, seien unterrichtet worden, noch bevor der Vertrag abgeschlossen gewesen. Deswegen sei die englische Presse auch von der deutschen unterrichtet gewesen.

SPD.-Opposition in Hamburg

Die „Hamburger Volkszeitung" weiß von einer starken Opposition zu berichten, die in der Versammlung der Delegierten und Betriebsvertrauensleute der Sozialdemokratischen Partei Hamburgs in Erscheinung trat. Das „Hamburger Echo" hatte in seinem Bericht das Auftreten und die Anträge der oppositionellen Delegierten verschwiegen und unterschlagen.

Eine scharfe Opposition erhob sich gegen den Straßenbau in Hamburg und für die Demokratisierung und Republikanisierung des Verwaltungskörpers. Es wurde erklärt, der Straßenbau sei teilweise noch schlechter geworden als vor dem Krieg. Schuld an den Zuständen sei die Große Koalition im Hamburger Senat. Der oppositionelle Delegierte Blecke wandte sich gegen die Praxis der Partei, öffentliche Kundgebungen für anmeldepflichtig zu erklären, was ein Bruch aller verfassungsmäßigen Rechte sei.

Ein anderer Antrag von oppositionellen Delegierten zeigte schon klar ihren Willen zu einer proletarischen Klassenpolitik. Dieser Antrag forderte, daß **am 1. Mai nur rote Fahnen in der Demonstration** mitgeführt werden sollen. Die Versammlung wandte sich gegen die Absicht des SPD.-Führers Leuteritz, der diese Forderung dahingehend abbiegen wollte, am 1. Mai sollten „überwiegend" rote Fahnen mitgeführt werden. Dieser Herr verteidigte dann auch die Polizeiprovokationen gegen die Kommunisten.

Die oppositionellen Regungen innerhalb der Hamburger SPD.-Arbeiter, zu denen in der Wasserkante die Opposition der Oldesloer Gebietskonferenz kommt, zeigen die Diskussionen innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft auf Grund der gemeinsamen Aktion beim Volksentscheid und des Versagens der SPD.-Führer in allen Lebensfragen der Arbeiter. Wofür Geld vorhanden ist

Die Angst der englischen Bourgeoisie vor dem Bergarbeiterstreik

Wie aus London gemeldet wird, hat der Erzbischof von Canterbury sämtliche Bischöfe angewiesen, ein Kirchengebet für die Beilegung des Bergarbeiterkonfliktes zu veranstalten. Er wünscht in seinem Erlaß, daß die verantwortlichen Männer des wirtschaftlichen und sozialen Lebens mit Hilfe des Heiligen Geistes zu einer Einigung kommen mögen. Der englische Innenminister Joynson-Hicks, der berüchtigte Kommunistenfresser, erklärt in einer Rede: „Es besteht die Aussicht, man kann fast sagen eines Krieges oder doch einer ernsten Störung des politischen Gemeinwesens. Aber die Nation ist sich leider darüber nicht einig, wie man am besten das Platzen dieser schrecklichen Bombe verhindern kann. Der Wohlstand des Landes für viele kommende Jahre steht auf dem Spiel."

Der Brüsseler Beschluß der Bergarbeiter-Internationale hat auf die englische Bourgeoisie und Regierung den allerstärksten Eindruck gemacht. Man rechnet jetzt damit, daß die englischen Bergarbeiter im Falle des Streiks die Solidarität der Bergleute des europäischen Festlandes auf ihrer Seite haben werden. Die Hoffnung auf Streikbrecherkohle aus Frankreich, Belgien oder Deutschland ist erheblich gesunken. So ist es begreiflich, daß die englische Bourgeoisie gewisse Zugeständnisse anbietet. Die bürgerliche Presse behauptet, daß die Regierung bereit sei, in der Frage des einheitlichen Tarifvertrages den Bergarbeitern entgegenzukommen. Die Unternehmer würden dann darauf verzichten, anstelle des allgemeinen Tarifvertrages lokale Abkommen zu treffen. Von einem Nachgeben der Unternehmer in den Fragen der Arbeitszeit und des Lohnes ist aber noch nichts zu merken. Von einem Rückzug der Bergarbeiter in dieser Hinsicht ist aber keine Rede. Inzwischen haben die Zechenbesitzer, wie es zu erwarten war, den geltenden Tarifvertrag zum 1. Mai gekündigt. Für die nächsten Tage erwartet man neue Verhandlungen des Ministerpräsidenten mit den Zechenbesitzern und mit dem Bergarbeiterverband. Auch ein neues Eingreifen des Generalrates der Gewerkschaften steht bevor.

Auch bei den Metallarbeitern hat sich die Lage verschärft. Die Metallarbeiter verlangten eine Lohnerhöhung von 20 Schilling die Woche. Die Unternehmer wollen aber nur 2½ Schilling bieten. Die Verhandlungen sind endgültig abgebrochen. In London erfolgt zunächst eine Urabstimmung der Metallarbeiter über den Streik.

Lohnkämpfe in England

Vor einem Streik der Metallarbeiter

London, 20. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen in der Metallindustrie sind ergebnislos abgebrochen worden, da die Unternehmer statt der von den Arbeitern geforderten Lohnerhöhung eine Lohnkürzung durchsetzen wollten. In 36 Bezirken wird nach dem Abbruch der Verhandlungen eine Urabstimmung über den Streik vorgenommen.

Die gemeinsame Front

Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes Cook sagte in einer Rede in Tredegar: „Die Grubenbesitzer haben den Bergarbeitern den Krieg erklärt. Die Regierung sollte bedenken, daß in Polizei und Heer eine neue Mentalität vorherrscht, denn 97 Prozent der Rekruten der letzten 12 Jahre entstammen der Arbeiterklasse und tausende davon sind Bergleute. Sie sollen nicht auf ihre Angehörigen feuern, wenn es ihnen befohlen sein sollte und man werde sich nicht scheuen, an sie den Appell zu richten, nicht zu schießen. Ueber die drei wichtigsten Fragen, Arbeitszeit, Löhne und nationales Abkommen besteht eine absolute Einstimmigkeit unter den Bergarbeitern. Sie würden in diesen Punkten nicht nachgeben und eine weitere Diskussion hierüber sei zwecklos. Er freue sich, feststellen zu können, daß die Bergarbeiter national und international geeinigt seien und daß, falls es notwendig, auch ein internationaler Bergarbeiterstreik ausgerufen werden würde. Weitere Unterhandlungen zwischen den Bergwerksbesitzern und den Bergarbeitern könnten nicht eher stattfinden, bis die Bergwerksbesitzer sich mit der Forderung des nationalen Abkommens einverstanden erklärt hätten.

Sarrasani

Das Abschiedsprogramm ist überreichlich. Weniger wäre mehr! Die Füllnummer „klassische Reitkunst" könnte wegbleiben. Herr Eichberger stand „Im Zeichen des nervösen Rosses". Der Regie fehlte etwas Präzision. Durch das schleppende Tempo kamen die an sich guten Kräfte nicht voll zur Geltung. Die glänzend disziplinierten Truppen der Riffleute und der Japaner fielen deshalb aus dem Rahmen, anstatt letzte Steigerung zu bringen. Ein Zirkusprogramm ist so stark wie die schwächste Nummer.

J—s.

Jürgens

Eine bürgerliche Stimme.

Daß dieser Mensch heute noch lebt, ist purer Zufall. Wir waren in den heiligen Nächten um den 9. November drauf und dran, ihn leibhaftig zu erschlagen. Wie sein Freund Ludendorff, so kam auch er mit einer blauen Brille davon, floh feige, verantwortungslos. Draußen knatterten im Straßenkampf unsere Maschinengewehre; er saß, als Kaufmann Warmbold verkleidet, in Kastens Hotel beim Champagner, flüchtete aber dann, am anderen Tag, mit den Papieren eines Unteroffiziers Meyer nach Hildesheim. Und so weiter.

Wenn Sonne über Hannover liegt, im zarten Frühling, im rötenden Sommer, im milden Herbst, im knirschenden Schnee, dann ist diese Stadt schön, strahlend, leuchtend. Die Menschen hier sind schlank, hochgebaut, ein blonder, nordischer Typ; vital, interessiert, mit Sinn für Nüancen, für die Distanz. Das öffentliche Leben rollt ab im Zentrum der Stadt, auf der Hauptstraße; jeder kennt jeden. Ein renoviertes, aufgestocktes Kleinstadtidyll.

Auf dieser Hauptstraße, auf der Georg-Straße, in den Kriegsjahren, schritten sie dahin, in straffer Uniform, mit der Reitpeitsche in der Hand, wiegenden Ganges, den Damen keß unter den Hut schielend, umbuhlt von den „Spitzen" der „Cosmo", zwangsweise gegrüßt von vielen Menschen: der Generalleutnant v. P., Zar des 10. Armeekorps, und der Hauptmann Jürgens, seit 1916 Chef der Abteilung „Abwehr", weiland Untersuchungsrichter in Essen an der Ruhr.

Diese beiden markanten Vertreter des deutschen Heldengeistes installierten hier frech-fröhlich eine Ortsgruppe der Etappe Gent. Es gibt kein Verbrechen aus der sadistischen Sphäre, das der Jürgens, immer gedeckt von seinen Vorgesetzten, nicht begangen hätte. Ein Caligula in der verdeckten Hosentasche. Da sind tausend Fälle der Freiheitsberaubung, der Beleidigung, der Nötigung, des Mißbrauchs der Dienstgewalt. Da sind Kaufleute, Handwerker, Händler, Arbeiter und Ausländer, die er einsperrte, quälte, beschimpfte, an die Front oder in das Internierungslager schob.

Da ist die Firma Ahrberg, von der er ganze Ladungen Fleisch und Wurst für sich und seine Sippe im Kohlrübenwinter erpreßte.

Da ist der Kaufmann Friedrich Steck, der Warenhausbesitzer Max Junior, der Schlächtermeister Busse, der Deutsch-Amerikaner de Buhr, der Viehhändler Meyer, der Joseph Pincus, der Arbeiter Engel. Diese Menschen wurden wochenlang, monatelang eingesperrt, bei den Hausuchungen bestohlen, beschimpft, getreten, geschlagen.

Da ist eine Familie Ungern-Rosenberg, die ehrlich ihren Altwandel betrieb. Nichts lag gegen sie vor. Aber Herr Jürgens ist Antisemit. Weshalb er zunächst einmal, am 31. Juli 1917, die beiden Söhne durch sechs Polizisten aus der Wohnung verhaften ließ, sie fünf Tage ins Gefängnis sperrte, dann weiter auf acht Monate ins Gefangenlager Holzminden abschob, von da weiter fünf Monate nach Lichtenberg brachte. Nie ist eine Anklage erhoben, nie eine Gerichtsverhandlung anberaumt worden. Der Vater dieser Jungen wurde zweimal für Wochen ins Gefängnis gehalt, ebenfalls ohne Anklage, ohne Verhör. Da erkrankte die Mutter, die alte Mutter lebensgefährlich. Sie schrieb nach ihren Söhnen. Was tat der Herr Hauptmann? Er gab den Söhnen keinen Urlaub. Er knurrte dem Vater ins Gesicht: „Ist deine Frau wirklich so schwer krank, dann wollen wir ihr eine Feuerwehrspritze hinschicken."

So geht das weiter in den Akten, Material auf Material. Anklagen auf Anklagen. Hier hat die blonde Bestie gehaust, gewütet und verhaftet. Kein Mensch war seines Lebens sicher, überall lauern Spione herum, die nach Spionen suchten.

Auch mich hat Jürgens verhaften lassen, auf eine Denunziation hin. Das ging sehr fix. Das war sehr komisch. Meine Wohnung wurde durchsucht, meine Briefe beschlagnahmt, meine Bücher durcheinandergeschmissen. Einige Postkarten von Gustav Landauer, einige Briefe von Kurt Hiller, Telegramme von Hasenclever, alles harmlose Sachen, bildeten das Belastungsmaterial. Dann wurde ich gefährlich gefesselt, durch die Straßen geschleift, stundenlang verhört, von morgens bis Mitternacht eingesperrt und schließlich fruchtlos entlassen. Daß ich kurze Zeit danach eingezogen wurde und an die Front sollte, ist selbstverständlich. Ich war vier Monate Soldat und habe nie eine Uniform angehabt. Auch das ist selbstverständlich.

Jetzt sitzt dieser Mann, dieser Jürgens, dieser Cäsar a. D. in Moabit. Jetzt werden ihm nicht nur harmlose Dinge aus der Etappe Gent vorgeworfen, jetzt sind es konkrete, handgreifliche, in Paragraphen gespannte kriminelle Vergehen. Was wird ihm geschehen? Einstweilen liegt er bereits im Lazarett. Und damit es ihm nicht langweilig wird, hat er einen Oberleutnant als Stubengenossen bekommen. Das kommt davon, wenn man kein Republikaner ist.

(P. Stegemann in der „Weltbühne".)

Ethnographische Expedition nach China. Nach langer Unterbrechung beschloß die Akademie der Wissenschaften in Leningrad, eine ethnographische Expedition nach China zu senden zwecks Studiums der Wesensart der chinesischen Bauern.

Die Nummern 52—55 der **„Internationalen Presse-Korrespondenz"** sind soeben erschienen, sie enthalten unter anderem: Zu den Ereignissen in China einen Artikel von Tang Shin Sche sowie zahlreiche Berichte. — Eine Bilanz der Fürstenenteignungskampagne von Dietrich. — Zur Krise und Lage in Rumänien Artikel von Fabian und Spiru. — Brief aus Italien von Aquila. — Die Wirtschaftslage in Frankreich von Varga. — Die Finanzlage in Belgien von Habaru. — Die Aktionskonferenz der Minderheitsbewegung Großbritanniens von Harden. — Die Gewerkschaftsbewegung der KP. der Tschechoslowakei von Stern. — Ferner eine Reihe weiterer Beiträge zu Politik, Völkerbund, Arbeiterbewegung, Bauern- und Jugendbewegung, aus der Internationale, Arbeiter- und Dorfkorrespondenzen, Buchbesprechungen usw. — Endlich der ausführlichen Tagungsbericht der 16.—20. Sitzung des Erweiterten EKKI.

Der monatliche Abonnementspreis beträgt: Für Deutschland RM. 1,50; für Oesterreich S. 2,—; für die Tschechoslowakei Kc. 12,—, für die Schweiz Frcs. 2,—. Die Zuschriften zu beziehen: Berlin SW. 48, Friedrichstraße 225, III.